

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
16 (1902)**

39 (15.2.1902)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-309266](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-309266)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat inkl. Belegbogen 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsl. Nr. 5506), vierteljährlich 2,25 Mk., für 2 Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg., inkl. Belegbogen.

Redaktion und Expedition:
Hant, Neue Wilhelmshavener Straße 82.
Telephon-Nr. 58.

Interate werden die fünfgehaltene Copypresse oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Interate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittag in der Expeditions- oder in Hantbergers Buchhandlung (Ecke Theilen- und Mühlentstraße) aufgegeben sein. Größere Interate werden früher erbeten.

Nr. 39.

Hant, Sonnabend den 15. Februar 1902.

16. Jahrgang.

Ein englisch-japanisches Bündnis.

Die englische Regierung hat der politischen Welt eine große Überraschung bereitet durch die Bekanntgabe eines zwischen England und Japan abgeschlossenen Trug- und Schutzvertrages, dem nicht nur von der englischen Presse eine außerordentliche Bedeutung beigegeben wird. Und in der That: so wenig man sonst auch den Werth derartiger Bündnisse zu überschätzen geneigt sein mag, so liegen diesmal die Umstände doch derart, daß man den beiden Kontrahenten den ersten Willen zutrauen darf, die in dem Vertrag stipulierten Bedingungen auch strikt innzuhalten. Einfach deshalb, weil die beiden Mächte in Ostasien gemeinsame Interessen haben, deren Wahrung ihnen nur durch ein energisches Zusammengehen auf die Dauer möglich sein kann.

Der vom Minister des Äußeren Marquis of Lansdowne und dem japanischen Gesandten in London Baron Dajishi am 30. Januar d. J. unterzeichnete Vertrag besteht aus 6 Artikeln. Er lautet in der Hauptsache:

Beide Regierungen, von dem Wunsche befeuert, den status quo und den allgemeinen Frieden im fernem Osten, wie auch die Unabdingbarkeit und Integrität von China und Korea aufrecht zu erhalten, sind über folgendes übereingekommen:

1. Maßregeln zu treffen, um ihre Interessen zu wahren, wenn diese durch ein aggressives Vorgehen irgend einer anderen Macht, oder durch Unruhen in China und Korea bedroht sind und sich dadurch für einen der beiden vertragschließenden Teile die Notwendigkeit ergibt, zum Schutze seiner Staatsangehörigen zu intervenieren;

2. Wenn einer der beiden Vertragschließenden in einen Krieg mit irgend einer anderen Macht verwickelt werden sollte, wird der andere Teil strenge Neutralität bewahren und sich bemühen zu verhindern, daß andere Mächte sich an den Feindseligkeiten gegen seinen Verbündeten beteiligen;

3. Wenn irgend eine Macht sich den Feindseligkeiten gegen diesen Verbündeten anschließt, wird die andere Partei ihm zu Hilfe eilen, den Krieg mit ihm gemeinsam führen und in wechselseitigem Einvernehmen Frieden schließen;

4. Die vertragschließenden Parteien kommen überein, daß keine von beiden, ohne die andere zu befragen, sich auf separate Abmachungen mit einer anderen Macht zum Schaden der einen bezeichneten Interessen einzulassen wird;

5. Wenn immer die oben erwähnten Interessen gefährdet sind, werden die beiden Regierungen einander in umfassender und rückhaltloser Weise Beistand leisten;

6. Das Abkommen tritt sofort in Kraft und soll bindend bleiben bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage an, an welchem es von einem der beiden vertragschließenden Teile gekündigt wird. Ist infolgedessen einer der beiden Verbündeten in einen Krieg verwickelt, wenn der Zeitpunkt seines Erlöschens herankommt, so soll dasselbe in Geltung bleiben, bis der Friede geschlossen ist.

Eine Depesche des Ministers Lansdowne giebt zu dem Abkommen folgenden Kommentar: „Dieses Abkommen kann als das Ergebnis der Ereignisse der letzten zwei Jahre im fernem Osten betrachtet werden wie auch des Antipats, den England und Japan an dem Vorgehen anlässlich derselben genommen haben. Während des ganzen Verlaufes der Unruhen und Vermischungen in China, die aus dem Aufbruch des Vorkriegsaufstandes folgten, sind die beiden Mächte in engem und ununterbrochenem Verkehr gewesen und haben gleichartige Anspannungen bestanden. Aus dem häufigen Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen und aus der Entscheidung, daß ihre Interessen im fernem Osten identisch sind, ergab sich, daß jede von beiden Seiten den Wunsch ausdrückte, daß die gemeinsame Politik ihren Ausdruck in einem internationalen Vertrage von bindender Kraft finden sollte. Die englische Regierung ist bei ihrem Entschlusse, diesen wichtigen Vertrag einzugehen, in hohem Maße durch die Ueberzeugung befeuert gewesen, daß dieselbe diese Bestimmungen enthält, welche als Ansprechen aggressiver oder selbstschädlicher Kräfte in den Gegenden, auf welche er sich bezieht, betrachtet werden können. Derselbe ist lediglich als eine

Vorsichtsmaßnahme abgeschlossen, an die man sich, falls sich die Gelegenheit ergeben sollte, in Verteidigung wichtiger britischer Interessen zu halten hätte. Der Vertrag bedroht in keiner Weise die gegenwärtige Stellung oder berechtigte Interessen anderer Mächte. Im Gegenteil kann jeder Theil des Abkommens, welcher für jede der vertragschließenden Parteien die Verbindlichkeit enthält, daß sie von der anderen Partei zum Bestande aufzufordern werden kann, nur mit einem werden, wenn einer der Verbündeten sich gezwungen sieht, in einen Krieg zu ziehen zur Verteidigung von Interessen, welche beiden gemeinsam sind, ferner wenn die Umstände, unter welchen er diesen Schritt unternommen hat, derart sind, daß feststeht, daß er den Streit nicht gerät hat, und wenn der Verbündete, der zur eigenen Verteidigung im Kampfe verwickelt ist, sich nicht durch eine einzelne Macht, sondern durch eine feindselige Koalition bedroht sieht.“

Man könnte glauben und hat dieser Meinung auch bereits Ausdruck gegeben, daß dieser Kommentar die sehr bündigen Bestimmungen des Vertrages wesentlich abschwäche und so viele Verheißungen und Vorbehalte aufweise, daß sich jede der beiden Vertragsmächte gegebenenfalls mit Leichtigkeit den eingegangenen Verpflichtungen entziehen könne und wahrscheinlich auch entziehen werde. Andererseits aber kann dieser Kommentar auch sehr wohl als diplomatisch verbindliche Zusage des bitteren Krems angesehen werden, daß der Vertrag für verschiedene Mächte enthält, ohne seiner Bedeutung für einen Ernstfall Eintrag zu thun.

Welche Motive die beiden Mächte zum Eingehen ihres Schutz- und Trugbündnisses veranlaßt haben, ist in dem Artikel selbst deutlich genug herzuergoßen. England so wohl wie Japan sind aufs lebhafteste daran interessiert, daß der status quo, die Integrität in China gewahrt bleibt. Dieses Interesse wird aber höchstens noch von Nordamerika geteilt, während Rußland, Deutschland und Frankreich an der Arbeit sind, immer neue Gebietsheute von China an sich zu reißen. Rußland hat ja bereits die Mandchurien verdrängt, Deutschland bedroht die Provinz Jehol und tritt in Szechuan und im Yangtse-Kiang Gebiet als höchst unangenehmer Rivale Englands auf, während Frankreich von Süden her die Provinzen Yunnan und Kwangsi bedroht. Die deutsche Presse erklärt, daß der Vertrag sich ganz offensichtlich gegen Rußland richte. Gewiß, Rußland ist für England wie für Japan der gefährlichste und gefährlichste Gegner; allein der Vertrag richtet sich auch gegen die anderen beiden Mächte, welche über jenen Blick nach östlichem Gebiete senden.

Daß England, wenn es nicht von seiner weltpolitischen Stellung abstandt — eine solche Abkantung bedeute den völligen Bankrott seiner ganzen bisherigen Politik — nicht dulden kann, daß China zerstückelt wird, liegt ebenso auf der Hand, wie die Tatsache, daß das mächtig aufblühende, industriell und kommerziell mit Riesenschritten sich entwickelnde Japan nicht ruhig mit ansehen kann, daß europäische Mächte die ihm unmittelbar benachbarten Seeprovinzen des russenoerwachten Riesenreiches an sich reißen, und damit nicht nur seine politische Stellung bedrohen, sondern auch seinen Handel mit China ernstlich gefährden. Es muß also den beiden verbündeten Mächten alles daran liegen, daß China wenigstens — da die Mächte ja japanische und englische Anzerrungen nicht dulden würden — unabhänglich bleibt.

Die Politik der Integrität Chinas verfolgte England schon 1895. Damals intervenierte es anfangs sogar gegen Japans Vorgehen gegen China, um sich dann später auf Japans Seite zu schlagen und an ihm wenigstens einen Verbündeten gegen die anderen Mächte zu gewinnen. Rußland, Deutschland und Frankreich vereinigten sich damals schleunigst, um Japan um den Besitz seines Sieges zu bringen und von der Dalmanit-Insularung zu verdrängen. Daß es diesen Mächten nicht wie England aus der Integrität Chinas ankam, bewies ja ihr späteres Vorgehen: Rußland selbst benutzte sich als bald der Beute, die man Japan wieder abgeben hatte, nachdem Deutschland durch Anzerrung Rußlands seinen ersten „Nagel“ eingeschlagen hatte. Das Einschlagen weiterer Nägel soll jetzt der englisch-japanische Vertrag hindern.

Wir als Gegner der so fest entrierten ostasiatischen Eroberungspolitik Deutschlands können nur wünschen, daß der neue Zweibund tatsächlich diesen Zweck erreicht und allen weiteren Aufhebungsgefahren der drei anderen Mächte einen diesen Nagel vorsetzt. Ob dieser Zweck tatsächlich erreicht werden wird, kann erst die Zukunft lehren. Soviel steht jedenfalls fest, daß eine Fortsetzung der bisherigen Eroberungspolitik in Ostasien die schwersten internationalen Vermischungen heraufbeschwört, ja geradezu unumgänglich mit der Gefahr des Weltkrieges spielt. Es wäre deshalb nur zu wünschen, daß auch Amerika, dessen Interessen sich in Ostasien so ziemlich mit denen Englands und Japans decken, sich, wie ein englisches Blatt hofft, dem Zweibund anschließen, der dadurch in der That den ihm von Landesherrn zugesprochenen Charakter einer Friedensallianz gewinnen könnte.

Politische Landtschan.

Deutsches Reich.

Der Reichstag nahm am Donnerstag den 14. Februar in Angriff. Der neue Vizepräsident, Staatssekretär Kraetke, der zum ersten Mal den Stuhl im Hause zu vertreten hatte, fand freundliche Aufnahme von allen Seiten. Es ist auch nicht zu verkennen, daß er sich bemüht, auf alle Fragen entgegenkommend einzugehen. Unser Genosse Singer hatte eine Reihe von Beschwerden zu bringen, darunter vor allem die unzulässige Verfügung der Ober-Polizeidirektion Hannover, die gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit alle Kantate auf Vernehmung der Beamten und Unterbeamten abzulesen will; ferner das Vorgehen des Leipziger Oberpolizeidirektors gegen das Petitionswesen der Beamten. Ferner tabelte er das Ueberwachungsstatut, das sich auf die privaten und wirtschaftlichen Verhältnisse der Unterbeamten richte, und die Einrichtung der höheren Stellen, die nicht nach Anciennität und Leistung verliehen werden. Mit Nachdruck forderte er eine Aufhebung der Gehälter. Gerade auf den letzten Punkt ging Herr Kraetke nicht ein. Die Reichstagsparteien haben nicht die geringste Lust, irgendwelche Aufbesserungen der Gehälter vorzunehmen. Die „Bauern“ beklagen die kleinen Postbeamten um ihr Ärmes Einkommen, ja, viele Parteien denken daran, die Postbeamten das Tarifs, die einige Verbesserungen machen, zurückzuführen. Auf weitere Beschwerden Singers ging Kraetke ein und erklärte, daß er das Petitionswesen nicht beschränken wolle und auch die Hausordnung der Unterbeamten für gut und auch auf das System der „gehobenen Stellen“ mit er nicht verzichten. Aus den Reihen der bürgerlichen Parteien sprach eine große Anzahl Redner, die in der Hauptsache lokale Wünsche zur Sprache brachten. Der Antimilitarist Werner gab seiner Feindschaft gegen die Frauennarbeit im Postdienst Ausdruck. Herr Camp donnerte gegen die Bestimmung der Großstädte durch die Post, während Herr Dr. Krenn die Roth der Landwirtschaft mit dem Postetat in Verbindung zu bringen wußte. Sehr ausführlich wurde über das schwarze Rabinett verhandelt, das die Engländer in Capstadt ertricht haben und in dem auch Viehe, die aus Deutschland nach den Kolonien gehen, geöffnet worden sein sollen. Herr Kraetke erklärte, daß gegen dieses Vorgehen Beschwerde erhoben worden sei, die erfolgreich gewesen wäre. Aus Vorsicht werden aber jetzt die deutschen Viehe nach den Kolonien in diesem Beutein befordert. Genosse Albrecht trug noch Beschwerden über die Ueberlastung der Briefträger in Halle vor und dann wurde der Budgetkommission eine Resolution überreicht, die den Reichstanzler auffordert, den Postvertrag zwischen Württemberg und der Reichspost mitzutheilen. — Heute geht die Beratung weiter. Außerdem liegt der Postensatz und das Reichsmilitärbudget auf der Tagesordnung.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hielt der Staatssekretär des Auswärtigen v. Hillebrand im Auftrage Bülows mit, daß in der Nacht zum Donnerstag ein Telegramm des deutschen Botschafters in London eingelaufen sei in der Angelegenheit des Buren Hilfsbundes. Darnach bedeutet die englische Regierung, die Abwendung einer Sanitäts- und Hülfspedition nach dem Konzentrationlager nicht gestattet zu

lassen, weil solche Expeditionen bis jetzt abgeschlagen worden sei. Auch die Sendung von Geld könne sie nicht zulassen, dagegen würde sie gegen die Sendung von Lebensmitteln und Kleidung nichts einzuwenden haben. Ueber die Art und Weise, wozu die Abwendung und wie die Vertheilung möglich sei, werde sie nach Rücksicht an die deutsche Regierung gelangen lassen. Der Staatssekretär sprach seine Genehmigung über das angelegte Entgegenkommen aus. Eine Diskussion darüber ließ der Präsident als der Geschäftsordnung unzulässig nicht zu. Weiter wurde in der Sitzung der Bergetat und ein Theil des Etats der Zollverwaltung erledigt.

In der Zolltarif-Kommission ist beim § 12 der Kampf zwischen den Agrariern einerseits und der Regierung und den Vertretern des Limes heftig entbrannt. Der Abg. Spahn hatte namentlich des Zentrums mit Unterstützung der Konserwativen, Polen, Antiquaren und der Nationalliberalen außer Bewer den Antrag gestellt, im Gesetz die Bestimmungen aufzunehmen, daß das Zolltarifgesetz am 1. Januar 1905 in Kraft treten soll. Obgleich der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Richtofen, erklärte, daß sofort nach Erledigung der Beratung des Gesetzes die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen beginnen sollen, behandelte die Agrarier doch auf ihrem Antrag, Abg. Singer setzte auseinander, daß Deutschland sich günstig verhalte, wenn der Zeitpunkt der Kündigung im Gesetz festgelegt würde. Abgeordneter Richter meinte, es gehöre angebracht das Zolltarifgesetz nicht nach dem, wie Graf Kanig zu behaupten wage, daß die Regierung sich Wohlwollen für die Landwirtschaft habe. Der Antrag Spahn sei weiter nichts als Obstruktion der Mehrheit. Herr v. Karstoff erklärte, ohne Festsetzung eines Termins für Inkrafttreten des Zolltarifs verliere der Tarif für seine Freunde jede Bedeutung. Graf v. Bismarck bekämpfte wiederholt energisch den Antrag Spahn, was den Grafen Kanig veranlaßt zu sagen, daß sei ein Beweis dafür, daß die Regierung die Interessen der Landwirtschaft hinter denen der Industrie zurücksetze. Zur Abstimmung kam es nicht.

Die „Grundzüge“ der Bündler-Parade sagt das führende Blatt der Bündler in folgenden „ausgesprochenen Sagen“ zusammen: „Die Reaktionen der Landwirtschaft ist seiner Reaktion fähig, sondern unerfüllbar; aber ebenso unerfüllbar ist der Entschluß, alle verfassungswidrigen Mittel anzuwenden, um eine Politik herbeizuführen und zu fördern, die der Landwirtschaft zu ihrem Rechte verhilft. Durch den Zolltarifentwurf der verbündeten Regierungen geschieht das nicht. Er ist also in seiner jetzigen Gestalt unannehmbar. Das hat, wie wir wiederholt gegenüber besonders hervorzuheben wollen, auch der Abgeordnete Graf Limburg-Sturum ausdrücklich gesagt. Der Bund der Landwirtschaft steht nach wie vor auf seinen Forderungen, nämlich begründeten und unanfechtbaren Forderungen. Er ist aber bereit, Verhandlungsvorschläge zu prüfen und nicht von vornherein abzulehnen. Selbstverständlich müssen diese Vorschläge auf eine Verständigung hinauslaufen und nicht darauf, daß eine Forderung der Gesetzgebung von dem anderen unbedingte Unterwerfung verlangt. Das ist keine Verständigung. Wer diese Gehankengänge vorzeitig prüft und ermüdet, der muß zu dem Verständigungskommen, das der Bund der Landwirtschaft vernünftig, so demgemäß pflichtgemäß und tatsächlich richtig operirt.“ — Das ist in Wirklichkeit schon ein Ausdrucksvermögen. „Unannehmbar“ Forderungen lassen sich mit „Verständigungsvorschlägen“ doch kaum zusammenreimen. Gegenüber den Regierungsvorschlägen hält man festlich das „unannehmbar“ aufrecht. Aber es wird sich schließlich fragen, wie viele der konserwativen Parlamentarier dieser Parole folgen werden. Die Rede des Grafen Limburg-Sturum im Circus Bulch, die von dem die übrigen Reden in anspruchsvoller Weise bezeichnenden Dauptorgan der Agrarier aufgeführte Rede sehr schlußförmig behandelt worden ist, deutete das schon an. Jetzt erklärt auch die parteioffizielle „Konserwativer Korrespondenz“: „Die große Wärme, womit wir schon Herr Graf von Bülows persönlich der Landwirtschaft gedachte, und das Verständnis, das er ihren Leiden entgegengebracht

hat, wird die Bildung seiner Rede jedenfalls erhöhen und den Landwirten die Überzeugung nahelegen, daß es in der That gut geben ist, das Greisjahr sicherzustellen und die Städte nicht im Erbitten unannehmbarer Wünsche zu verspillen. Wie wir schon seit geraumer Zeit getrieben haben, so ist unser Rath auch Angehöriger der betrübtenen Rentnerreihe, daß die Reichstheile im Reichstage mit der Regierung Fühlung fassen, und sobald wie möglich ein für dieselbe ebenso wie auch für die Landwirthschaft acceptables Kompromiß — nicht etwa von Punkt zu Punkt, sondern über die ganze Vorlage — abschließen möchten. — Auch die „Kreuzzeitung“ erklärt: „Hoffentlich werden die bezeichnendsten Worte des Abg. Grafen Eimburg-Strum auf die Rechtheit der Sozialist-Kommission ebenfalls von Einfluß sein und insbesondere ihre konservativen Mitglieder bestimmen, mit den ihnen wirthschaftlich nahestehenden Gruppen sich förmlich über gemeinsame Anträge bezüglich der Höhe der Mindestsätze für die Gewerbesteuer zu verständigen.“ — Das ist eine ungewöhnliche Abkehr von den Forderungen des Bundes der Landwirthe, die nochmals abgemilderte Forderungen dieser sich selbst auf seiner Generalversammlung förmlich schiedet hat. Auch die Verhandlungsleiter hoffen noch, daß die Regierung über die Höhe ihrer Forderungen nachzudenken wird; sie werden sich aber schließlich auch mit diesen Forderungen abgeben, wenn es nicht anders geht. Die Forderung des Abg. Grafen Eimburg-Strum auf die Forderung der Sozialisten wird damit nur dringender. Die Commission wird alle ihre Kräfte zusammenschließen müssen, um es zu hintertreiben.

Opantenerhaltung. Der Hofbesitzer Himmann aus Tarming, der ausgemessen und am Dienstag Nachmittag über die Grenze gebracht worden war, war zurückgeführt, um eine gerichtliche Entscheidung zu veranlassen. Er ist, als der „Darmstädter Correspondent“ aus Habelschloen melde, verhaftet worden.

Oesterreich-Ungarn.
Taschnitz über den Koburg-Standal. Im österreichischen Reichsrath brachte amlich der zweiten Lesung der Vorlage, betreffend das Rekultivationsgesetz, Genosse Taschnitz die Anwesenheit der als gestrichelt intermetten Bismarck'sen Kaiser von Koburg und des Oberleutnants Bismarck zur Sprache, der, wie unieren Lesern bekannt, als Reichstagsführer seit vier Jahren im Gefängnis ist. Der ganze Vorgang ist, so führte Taschnitz an, ein freies Beispiel moderner Mitleid-Begehr. Das Unglück, von einer königlichen Geißel zu werden, sollte Bismarck die Ehre und sechs Jahre schweren Kerker. Die Sozialdemokraten seien nicht Verächter königlicher Töchter und jagen es vor, die hohe Gesellschaft in ihrem eigenen Schmutz ertränken zu lassen (Worte des Präsidenten, welcher den Redner zur Ordnung rief), aber Bismarck sei unschuldig. Das Ganze sei ein Greuel der Jurisprudenz des Pringen von Koburg, welche sogar den obersten Kriegsrathern geneigter hätten, eingetreten und den Koburger vor die Alternativen: Duelle oder Abkantung zu stellen. Redner erbot dann auf die Details der geistlichen Untersuchungen der Bismarck'sen Witwe und ihrer Schwelger, der Kronprinzessin-Witwe Stephanie, auf jene sogenannten Wucherer, welche Prinz Philipp honorirt, die er plötzlich Bismarck wegen Falschung angeklagt. Redner kritisierte den Geschichtsbuch, welcher zur Beschuldigung des Bismarck geführt, wozu wiederum die Vollmacht des Kaisers hinzugefügt worden ist, und ebenso die Schmutz-funktionsklärung der Bismarck'sen Witwe. Thatsächlich sei die Spur des wirthlichen Fälschers der Untersuchungen, der Kronprinzessin-Witwe, ebenfalls verliert worden. Bismarck habe vollkommenen gar kein Interesse an einer förmlichen Falschung gehabt, dessen förmliche Untersuchung der Bismarck veranlasst. Das man zur Verhinderung ihres Schicksals gründen ist, habe man Bismarck formell angeklagt, ihn sicher machen zu lassen, wenn er nur sich verpflichte, von der Verurteilung abzustehen. Redner schloß mit einem warmen Appell an das Gerechtigkeitgefühl des Reichstages, nicht länger einen Heidenjungen im Kerker zu lassen und die Weisheit des Reichstages einzusetzen.

Holland.
 In dem Rotenwechsel des Ministers Ruyter wird noch gemeldet: Die Rote war nach vertriebenem Gehörtenentscheid mit dem Abgeordneten der Lords Chamberlain, Koberger, Compé-Dameromans und anderen Parteiführern ausgetauscht und vor ihrer Ueberweisung dem König Edward VII. zur Genehmigung mitgeteilt worden. Ruyter hat sich gegen alle Bestrebungen und Mitteilungen der Reichstagsmitglieder, die Reichstagsmitglieder zu veranlassen: Ruyter bittet die Demission, das England dem Frieden erlösen. Nur dadurch, das Ruyter am Tage, als die belästigte Rote telegraphisch, er sei früher, an das Reichstag 5. d. Mts. den von 40000 Mann und drei bis vierhundert Büren, vier bis fünf, Pruden, Manilla, drei erbeuteten Rannern und Proclant gelangen zu nehmen, erfolgte die förmliche Abfertigung. Ruyter hat darauf dem holländischen Geheimministerium augenblicklich zu seiner Abfertigung die gebührenden Aktenstücke sandt gegeben. Die Bureaukranten bemühen sich über alle diese Vorgänge abfolutes Stillschweigen. Am Abend

des 9. Februar erhielt Krüger die Nachricht, das Demos sei gerettet habe.

Belgien.
 Die Wahlrechtsbewegung der sozialdemokratischen Partei, welche von den Sozialisten unterstützt wird, ist in die letzte Phase eingetreten. Das Parlament beschäftigt sich mit einem Antrag auf Einführung des allgemeinen großen und direkten Wahlrechts und die Arbeitermassen demonstrieren auf den Straßen. Die Klassen haben den Sozialisten einen Anruf gegeben, die Weine weifen wollen, indem sie erklärten, daß das Frauenstimmrecht verlangen zu wollen. Auf diese Forderung haben die Sozialisten in dem letzten Wahldiskurs aber versagt, weil ihre Parteigenossen, die Liberalen, nicht davon wissen wollten. Die Abkehr der Klassen aber war, diese Verbindungen zu trennen. Der Klassen-Gewerkschaft ist aber nicht gelungen, die sozialistischen Massen haben erklärt, daß sie angesichts der Lage auf die Propagierung dieser Forderung 1 St. verzichten wollen.

Frankreich.
 Von der französischen Marine. Die West von Orient hat den Auftrag zur Kiellegung eines großen neuen Panzerkreuzers des Typs „Deux Hauts“ erhalten. Dieses Fahrzeug, das „Bourbonne“ oder „Tropic“ genannt werden soll, wird alle in den letzten Jahren erzielten Fortschritte in der Schiffbaukunst zusammenfassen. Es wird 146,30 Meter lang, 21,40 Meter breit werden und 8,20 Meter Tiefgang haben. Seine Bewaffnung wird aus vier 19,4 Centimeter, sechs 16 Centimeter, vierundzwanzig 47 Centimeter, zwei 37 Centimeter Kanonen und aus fünf Torpedoschützen bestehen.

Italien.
 Es geht vorwärts! Unter dieser Spitzmarke giebt der italienische Correspondent der „Berl. Volks-Ztg.“ folgende interessante Schilderung über die Gelandung der finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnisse Italiens, seitdem östliche Politik in den Regierungsbüroen getrieben wird. Die Staatsfiskal Italiens ist in fortgeschrittenem Stadium, wie nach 1871 in ihrem schlimmsten Stadium, weil die Lebensnahme der auf dem Rückwärts liegenden Schuldenmenge in der letzten Höhe von ca. drei Milliarden auf die Staatskasse des jungen Königreichs anno 1860 und 1870 ein folgenschwerer Fehler geschehen werden muß. Am 30. Juni 1897 belief sich die gesammte konsolidirte Schuld auf 15 416,3 Mill. Lire, am 30. Juni 1901 in Folge glücklicher Konventionen und Aufgabe der afrikanischen Kolonialpolitik auf 12 856,69 Millionen. In jenem Rechnungsjahr verringerte sie sich um genau 25 Millionen. Für das laufende (am 30. Juni 1902 abschließende) Geschäftsjahr wird eine Verminderung von rund 100 Millionen erwartet. Erstens sind bei Umtausch der neuen Rententitel genau 10 Millionen Lire nicht erhoben worden, welche dem Schatzminister zuzuführen, zweitens erzielten sich bei Einzug der 1. und 2. Rente-Scheine ca. 29 Millionen als abgängig, verloren, verbrannt oder verlegt, für deren Einbringen bis zur letzten Frist (Anfang 1903) der Schatzminister mit ca. 5 Millionen auskommen vermocht. Drittens ist infolge des minimalen Goldaufgebotes von 1,05—1,70 bei der Umtauschung an das Ausland eine namhafte Ersparnis gegen früher zu verzeichnen. Der Schatzminister hat darum keine Familienangelegenheiten, die Salzfiscus um ein Viertel ihres Ertrages abzugeben und auf 16 Millionen Lire jährliche Einnahme aus diesem reichhaltigen Erwerbsmittel zu verzichten. Ebenso willigte Di Breglio ein, für die wirthschaftlichen Durchsichtsanlagen der Straßenanlagen der Hauptstadt Rom 11 1/2 Millionen Lire in fünf Jahren zu 2 1/2 Mill. voranzuführen; der Fiskus wird zu 2 bis 2 1/2 Mill. vorgesehn. Die direkten Aufwendungen, welche das Königreich Italien seit dem 20. September 1870 für seine Hauptstadt ohne Entgelt leistet, werden auf 220 Millionen Lire geschätzt. Die „Gasse Stadt“ wurde der Verdrängung und Bekämpfung entgegen und am einen von der Praxis und der Uebernehmung dauernd hinausgeschoben, schmückten, von Werd und Dickschiffel befristeten, von unversindlichen Plebeern schmückten und ungeschicktes ausgeföhrenen Gemeinwesen zu einer der schönsten, gesundesten und blühendsten Städte Europas umgewandelt.

In Catania kam es zu scharfen Aufstößen. Die Menge wollte einen vertriebenen Arbeiter befreien. Ein Schutzmann gab drei Mannschüsse ab, die unglücklicherweise ein Kind tödtlich verletzten. Die Menge stürzte in ihrer Wuth eines Karrenwagens, der die Straße passierte in Brand und bemarf die Polizei mit Steinen; endlich attackirte Kanoniere die Leute 30 Menschen wurden schwer verletzt. Auf dem Geschäftshaus wurden drei Bomben geworfen, wodurch drei Damen schwer verletzt wurden. Schmutzige Schreien des Theaters Raffano wurden gehört.

Nachland.
 Kent Maßregeln gegen die Studentenschaft werden von der Chartisten Union nicht gemeldet. Danach wird die Einstellung des Rollgenbesuchs seitens der Studenten bis auf vier Wochen in Zukunft in der Weise angedeutet, daß die betreffenden Studenten den Demonstrationen beim Aufstehen in höhere Reize nicht angethan wird.

Dieselbe Strafe trifft die Jünger anderer höherer Lehranstalten, wenn ihr Streik bis drei Wochen länger währt. Es ist jetzt worden die „gefahrlichsten“ Demonstrationen bekanntlich theils ins Militär eingereiht, theils einfach verboten. Dieser Anordnung wird hinzugefügt, daß jeder Studentenversammlung eine Anstalt sein muß, welche nicht nur Auf- und Abtritt ausübt, sondern auch von sich aus jede Anstaltsmaßregel ergreifen darf.

Eine Klassenadresse an den Jaren betreiben die Sozialisten gegen die Verengung ihres Bundes vor. Da die einheimische Parteiorganisation den wichtigsten Grundstein der Selbstständigkeit bildet und die erste Bekämpfung seiner Grundzüge darstellt, so wird in der Adresse gebeten, wenigstens in diesen Punkte das Band zu lockern. Bekanntlich bildete das Ziel der ersten von Jaren unerschütterlich gehaltenen Klassenadresse ebenfalls die Verpeicherung der Parteiorganisation. Die schändlichen Truppen sind, wie schon öfter erwähnt, bereits aufgehört. Gegenwärtig sind für die Klasse etwa 7000 Unteroffiziere gesammelt und die Sammlung wird fortgesetzt. Demnach wird es, daß auch viele in Finland lebende Russen die Adresse unterschreiben; das Unrecht wird also so tief empfunden werden, daß das Gefühl des nationalen Antagonismus, von dem die finnischen Russen nicht ganz freisprechen sind, verschwindet.

Parteinachrichten.
 Der nächste internationale sozialistische Kongress wird im August 1903 in Amsterdam stattfinden. Das internationale Bureau fordert die Parteien und wirthschaftlichen Verbände aller Länder auf, auf ihren nächsten Kongressen und Parteitagen zu dem internationalen Arbeitertag Stellung zu nehmen und event. Anträge zur Tagesordnung rechtzeitig zu stellen. Die Aufstellungen sind zu adressiren an Victor Serre, Wallen de Puuple, Rue Joseph Stoen, Brüssel.

Soziales.
 Ein Gewergerichtsanstalt. In Belgien haben, wie unter Ströburger Parteilicht meldet, die Arbeiterbegehler des Gewergerichts sämtlich ihre Mandate niedergelegt. Dem unmittelbaren Anlaß dazu bildete das Verhalten des östlichen sehr unbedeutenden Vorstehers in einer Gerichtsverhandlung in voriger Woche.

Eine Uebersicht über die Zahl der vorhandenen Kriegswunden, unterzogen nach Dienstgrad und Lebensalter sowie nach dem Grade der Invalidität bei Unteroffizieren und Gemeinen, ist im Anhang zu erscheinen. Nach der Uebersicht beträgt die Zahl der vorhandenen Kriegswunden Offiziere in Preußen aus dem Jahre 1870/71 1534 (durchschnittliches Lebensalter 60 Jahre), aus dem Jahre vor 1870 271 (durchschnittliches Lebensalter 65 Jahre), aus der vormals schlesisch-polnischen Armee 1881 (durchschnittliches Lebensalter 62 Jahre). Die Zahl der Kriegswunden Unteroffiziere und Gemeinen beläuft sich in Preußen aus dem Jahre 1870/71 auf 30 345 Mann (durchschnittliches Lebensalter 56 Jahre), aus dem Jahre vor 1870 auf 7011 Mann (durchschnittliches Lebensalter 59 Jahre), aus der vormals schlesisch-polnischen Armee 476 Mann (durchschnittliches Lebensalter 75 Jahre). Demnach beläuft sich die Zahl der Kriegswunden Offiziere in Preußen auf insgesamt 1881 Mann, der Unteroffiziere und Gemeinen auf 37 826 Mann. Für das ganze deutsche Reich beläuft die Zahlen wie folgt: 2552 Offiziere (Durchschnittsalter 61 Jahre), 46 448 Unteroffiziere und Gemeine (Durchschnittsalter 57 Jahre). Die Marine stellt 21 Kriegswunden auf.

Gerichtliches.
 Im Treuestückungsprozess wurde die Vernehmung der Jungen und die Prüfung des urkundlich vorliegenden Beweismaterials am Donnerstag beendet. Der Vorsitzende theilte mit, daß auf ein Ersuchen des Reichs Anwalts vorläufig nicht geteilt werden könne, der Bericht daher ohne ihn zu Ende geführt werden müsse. Der Staatsanwalt hält in seinem Vortrage die Anklage wegen Verletzung und Intrave in welchem Hinsicht aufrecht und läßt die Anklage wegen betrüblicher Einwirkung auf den Rath der Alten fallen. Er beantragt gegen Demmann Sumpf 2 Jahre Gefängnis und 5000 Mk. Geldbuße, gegen Schlegel und Otto 1 1/2 Jahre und 5000 Mk. Geldbuße, gegen Arnold Sumpf 1 Jahr Gefängnis und 3000 Mk. Geldbuße. Darauf folgen die Vorträge der Verteidiger, Partner für Schlegel Sumpf, Gaspard für Schlegel, Cohn für Otto, Gordan für Schlegel-Dalma. Dieselben luden sämtlich den Rathschweiß zu führen, daß die Angeklagten bona fide handelten, sie brannagen seien freisprechend, eventuell niedrige Geldstrafe, beim Antrage der Unterwürdigkeit auf die Freiheitsstrafe. Gegen acht Uhr Abend wird die Verhandlung am Freitag Mittag 1 Uhr vertagt.

Aus Stadt und Land.
 Samstag, 14. Februar.
 Von Altha übertrufen. Es ist gewiß schon vieles dagesen, noch nicht aber, daß ein Beigeordnete in seiner Wohl beständig und verpflichtet wird ohne daß derselbe etwas davon weiß. In den beiden Wählermännern Vätern — im diesem Sinne nicht, was für unsere Zustände auch bezeichnend ist — war gestern

Abend die Bekanntmachung des Großherzoglichen Rates zu lesen, daß der als Beigeordnete des Gemeindevorstehers der Gemeinde Sant wiedergewählte Maurermeister G. Grathorn in Sant nach Bestätigung seiner Wahl durch das Ministerium auf sein Amt vorchriftsmäßig verpflichtet worden sei. Nun ist dem Herrn G. Grathorn aber absolut nicht bekannt, daß er vorchriftsmäßig verpflichtet worden ist. Er ist nicht nach Jever gewesen und der Herr Amtshauptmann ist nicht hier gewesen, um die Verpflichtung vorzunehmen. Wenn Herr Grathorn nicht einer armen Sinnestäuschung unterworfen ist, so ist also seine Verpflichtung bekannt gemacht, ohne daß sie in Wirklichkeit stattgefunden hat. Die Sache ist dann recht bitter und wird zu weiteren Erörterungen über die jetzigen Zustände im Amte Jever Anlaß geben. Hierbei sei erwähnt, daß aus dieser Bekanntmachung auch hervorgeht, daß die Wahl des Herrn G. Grathorn ebenfalls zum Beigeordneten gewählten Buchdruckereibesetzers Dug vom Ministerium nicht bestätigt worden ist.

Eine Sitzung der Armenkommission findet morgen Abend 8 Uhr im Rathhaus-Sitzungssaal hier/ab statt.

Kirchliche Straßengänge. Ueber die Verhandlungen, betr. der Anlage einer elektrischen Straßenbahn als modernes Verkehrsmittel zwischen den Gemeinden Wilschmöhren, Sant, Oppens und Reunde sei noch mitgetheilt, daß der Betrieb mit Oberleitung gedacht ist. Die Sachverständigen glauben nicht zu Automobili-Domobussen mit Accumulatoren treten zu können. Einmal weil die Tragfähigkeit des Untergrundes auf dem in Frage kommenden Terrain eine fragwürdige ist, zweitens, weil man überall zur Oberleitung übergeht. Die Rollen der Anlage sind oberflächlich auf 1 Million Mark veranschlagt. Die Frage der Finanzierung wurde natürlich auch besprochen, da die Baunehmung die Bahn nicht auf ein eigenes Risiko zu bauen gebeten, sondern sich mit 10 Proz. daran beteiligen. Die Frage ist nun, ob eine Aktiengesellschaft mit beschränkter Haftung zu diesem Zweck zu gründen sein wird, oder ob die Anlage von den Kommunen gebaut und betrieben werden soll. Die Herren, welche die Konferenz bildeten, glauben, daß der Kommunalisierung der Anlage schwerwiegende Bedenken entgegenstehen und unter den obwaltenden Umständen die Einleitung und der Betrieb einer Privatgesellschaft das Richtige sei, falls die beteiligten Gemeinden eine Finanzgarantie übernehmen. Zur weiteren Förderung der Sache wurde von den auf der Konferenz anwesenden Herren die Bildung eines Komitees vorgeschlagen, das aus folgenden Herren bestehen soll: Bürgermeister Jäger-Gnädle, Beigeordneter Carl Wolff, Bürgerverwalter Niemann zu Wilschmöhren, Gemeindevorsteher Weich und Buchdruckereibesetzter P. Dug zu Sant, Gemeindevorsteher Ritten-Oppens und Gemeindevorsteher Jansen-Reunde. Zu einer eingehenden Besprechung des Unternehmens werden wir uns erst herbeilassen, wenn ein für und fertig ausgearbeiteter Plan vorliegt. Was wollen wir aber heute schon sagen, daß mit der Kommunalisierung vor allem Dingen das Recht reden werden und einflussreiche Gegner der Finanzgarantie durch die fraglichen Gemeinden sind, besonders wenn diese nicht die Möglichkeit offen gelassen wird, die Anlage ohne Opfer zu erwerben. Wir verheuen die Schwierigkeit der Kommunalisierung nicht, halten sie aber früher oder später nicht für möglich, sondern auch für notwendig. Wenn es wahr ist, daß die Voraussetzungen der Rentabilität vorhanden sind, wäre es ein verhängnisvoller Fehler, eine bald sich bildende Gemeindegeld für die einzigen Kommunen auf die Hand zu geben. Der in einigen Monaten vorhandene Anstausbedarf Rüstungen und die Stadt Wilschmöhren können sich unserm Dafürhalten das Unternehmen riskieren.

Die Steuern der ewangelischen Schulkinder werden am Samstag den 15. Februar von den Straßengängen erhoben, deren Namen mit den Buchstaben N, C, P und S anfangen.

„Du“ eine Verteidigung? Bislang dieser von einigen Tagen in Oberbergen zu begehenden Sinne entscheidenden Frage stimmt ein Leser unseres Blattes daran, daß vor etwa fünf Jahren auch in dieser Gegend die Frage vor Gericht aufgeworfen und ebenfalls bejaht wurde. Ein alter damals 70-jähriger Richter aus Dargatz sagte einem Oberkontrolleur, welcher einen Fußweg zum Reiten benutzte, den Kopf nach unten einzuwerfen, indem er sagte: „Du, Du bist ja ein dummes Kerl, daß Du auf dem Fußweg reitest.“ Der Oberkontrolleur nahm das sehr trumm, und beide Parteien sahen sich vor dem Schöffengericht nieder. Er wurde das „Du“ sowohl als auch der „dumme Kerl“ als Beleidigung betrachtet, und der alte Richter in eine Geldstrafe genommen. Sein „Du“ vertheidigte der Richter mit den Worten, man rede ja auch den lieben Gott mit „Du“ an und daß sich dieser Kontrolleur nicht einbilde, habe er nicht gemacht. Diese Verteidigungstrafe seien Einbruch gemacht zu haben, denn die Ehre des Herrn Kontrolleur wurde nur mit 10 Mk. Strafe verurteilt.

Die Gießbahn auf dem Ems-Jahrkanal ist nunmehr zur Benutzung vollständig freigegeben worden, da das Eis eine genügende Stärke erlangt hat. Es ist somit auch in diesem Jahr

Theater-Variété „Colosseum“ in Bant.

Sonntag den 16. Februar 1902: Große Eröffnungs-Vorstellung

mit Weltstadt-Programm. Alles Weitere durch Plakate und Annoncen.

C. H. Cornelius.

Immobil-Verkauf.

Die Unterzeichneten beabsichtigen, ihre in Bant, Peter Weg 4 u. 6 (Eckhaus) und Melumstraße 8 belegenen

Häuser

wegen anderweitig. Unternehmen unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Anzahlung nach Uebereinstimm.

Schröder & Grahlmann, Schaar.

Empfehle:

- Gerauch. durch. Sp. d. Fd. 80 Pf.
- Gerauchte Rohwürstl Fd. 80 Pf.
- Gerauchte Schweinefleisch Fd. 60 Pf.
- Magdeb. Sauerbr. Fd. 7 Pf., drei Fd. 20 Pf.
- Magdeb. grüne Bohnen Fd. 15 Pf.
- Gedarrten Grünkohl Fd. 90 Pf.
- Gedarrten Röhrl Fd. 90 Pf.
- Gedarrtes Suppenkorn Fd. 90 Pf.
- Frischen entleeren Cacao Fd. 1,10 Pf.
- Reinen Dorecoco Fd. 90 Pf.
- Verz. Kaffee, gerb., Fd. 80 Pf. und 1 Pf.
- Chir. Kammelfe Fd. 25 Pf.
- Chir. Kammelfe Fd. 30 Pf.
- Serie Ia Qual., bel. Har. Fd. 20 Pf.
- Wälschkammern 50 St. 25 Pf.
- Schiffpulver Bad. 13, 2 Bad. 25 Pf.
- Schiffpulver Bad. 10 Pf.
- Schiffpulver Ia Qual. Fd. 20 Pf.
- Dorschöl 8 Pf. 18 Pf.
- Neuarr. d. Fd. 7 Pf., 3 Bad. 20 Pf.
- Damensch. Kaulobst Röhle 7 Pf.
- Tag Ernt. (Fack. „Gisus“) 1 Sch. 7 Pf., 3 Sch. 20 Pf.
- Gem. l. Sch. 8. gr. Sch. 20 Pf.

J. Herbermann
Neubremen.

Gegenwärtige Cofe-Preise:

- 1 Schellter grobe Cofe . . . 0,90 Mt
- 1 Feiner grobe Cofe . . . 1,00 Mt
- 1 Schellter Cofegru . . . 0,50 Mt
- Fabrikgr. pro Schellter . . . 0,10 Mt
- Verfeinern pro Schellter . . . 0,10 Mt

Verwaltung der Gaswerke.
Wilhelmshaven und Bant.

Cigarren-Grandt

6 Neue Wilhelmsh. Straße 6.
Columbus-Tabak

1/2 Pf. 40 Pf., 1/2 Pf. 20 Pf., 1/2 Pf. 10 Pf., immer zu haben.

Schweine-Kleinsleisch

(in bekannt vortheilhaften Stückem) durch günstigen Einkauf jetzt bedeutend im Preise ermäßigt.
— Jede Woche große Zufuhr. —

Hedwig Kayser.

THEE

in Packeten, beliebte offic. Mischungen von Cuno Behrens, Norden, empfiehlt

J. Chr. Carstens,
Neue Wilh. Straße.

Zu verkaufen

eine milchgebende Ziege, 1 Ziegenlamm, 10 Monate alt, 1,5 Stückes Hühner.

P. Fooker, Bant, Genserschastraße 12

Zu vermieten

zum 1. April und 1. Mai mehrere dreiräumige Wohnungen mit abg. schloßtem Korridor.

G. Cordfen,
Wilschstraße 30.

Café und Restaurant W. Bremer

Bant, Verlängerte Peterstraße.
Sonnabend den 15., Sonntag den 16. und Montag Neu! den 17. Februar cr.: Neu!



Großes Bockbier-Fest

mit musikalischer Unterhaltung.
Bockkappen sind im Lokal zu haben.
Originalbier aus der Brauerei A. Reimh.
— Burchschmitt —
H. Gohwurt und Goheln mit Sauerkraut.
C. Starwing.
Hochachtungsvoll

Spezial-Reparatur-Werkstatt für Fahrräder,

Fahrräder zu verleihen,
Emaillierung, Vernickelung.
— Mäßige Preise. —
E. Frier, Bant,
Neue Wilhelmsh. Straße 54.

P. P.
Einem geehrten Publikum von Bant und Umgegend zur ergeb. Anzeige, dass ich mit dem heutigen Tage ein

Atelier für künstliche Zähne

errichtet habe und empfehle mich zur Anfertigung künstlicher Gebisse, zum Plombieren und Zahnziehen nach der bewährten Methode der zahnärztlichen Poliklinik des Hrn. Dr. med. und prakt. Zahnarztes Robert Wolf in Berlin. Sprechstunden von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends.
Hochachtungsvoll
Julius Hofmann,
N. Wilh. Str. 77, gegenüber Banter Konsumverein.

Maler-Gesangverein „Flora“.

Sonnabend den 22. Februar
in der „Kaiserkrone“:

Große Masquerade.

Grosse Aufführungen.
Anfang 8 Uhr. — Demaskierung 12 Uhr.
Einführungs-Karten sind zu haben bei sämtlichen Mitgliedern, sowie den Ehrenmitgliedern Herren Rath, Grenzstraße, und Rudolph, „Kaiserkrone“.
Der Vorstand.

Sämmtliche Mode-Journale

für Damen und Herren
sowie Fachschriften für jede Branche ferner sämtliche Zeitschriften und Wochblätter liefert pünktlichst
Volksbuchhandlung von G. Buddenberg,
Weitenstraße 18, beim Friedrichshof.

Stablißement „Friedrichshof“

== Peterstraße. ==
Am Sonntag den 16. Februar cr.:

Erstes großes internationales Bockbierfest

Musik von der Kapelle des Stab. 2. Seebataillons.
Spezialität: Sauerkraut mit Bockwürstchen.
Bockbier und Kappen im Lokal zu haben.
Anfang 7 Uhr. Hierzu ladet freundlich ein: **Entree frei!!**
Die Direktion: **H. Willmann.**

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum von Wilhelmshaven und Umgegend zur gefälligen Kenntn. daß ich mit dem heutigen Tage das

Barbier- und Frisir-Geschäft

des Herrn Petersen, Alte Straße
känflich übernommen habe. Indem ich der geehrten Kundschaft gute und saubere Bedienung zusichere, bitte ich, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen gütlich auf mich übertragen zu wollen.

Wilhelm Brüggemann.

Trinke Wadi-Kisan-Thee

bester schwarzer Tee offic. Mischung, von Cuno Behrens, Norden.
Niederlage:

J. Chr. Carstens,
Neue Wilh. Straße.

Ein schönes Schenkzelt

mit allem Zubehör unter Preis zu verkaufen. Auskunft erteilt
Carl Mehe, Bant, Eschstr.

Zu vermieten

zum 1. April oder später mehrere dreiräumige Wohnungen mit Keller, Stall und Gartenland.
H. Ostendorf, Neuenroden, Rabalstraße 85, zwischen Heppens und Küsterhof.

Zu vermieten

zum 1. April oder später eine freundliche Parterrewohnung mit abg. Korridor. **Lüke,** Bel. Peterstr. 13.

Zu vermieten

eine kleine dreiräumige Wohnung in der Adolfstraße, eine freundliche zweiräumige Etagenwohnung in der Grenzstraße zum 1. April.
J. Herbermann.

Gesucht

für sofort ein kräftiger schulfreier Laufbursche.
Augusta-Progerie, Marktstr. 27.

Gesucht

für die Sommermonate ein Hausmädchen. Frau **Carl Christiano,** Wangerooge.

Laufbursche pr. sofort gesucht.

G. Frier, Bant, Neue Wilhelmsh. Straße.

Suche einige Frauen

zum Kartoffel-Auslesen.
Georg E. Friedrichs, Bant, Bel. Koonstraße.

Gesucht

einige möblierte Zimmer während der Festezeit in der Nähe des Colosseums.
C. S. Cornelius.

Bürgerverein Ohmstede.

Sonntag den 16. Februar cr., Nachm. 6 Uhr:

Versammlung

in Brauenberg zu Donnerstags. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
Der Vorstand.

Freim. Feuerwehr Heppens.

Sonnabend, 14. Febr., Abends 8 1/2 Uhr:

Berjammlung

im Vereinslokal, Das Kommando.

Zu verleihen

einige Damen- und Herren-

Masken - Kostüme

(aparte Sachen) zu mäßigen Preisen.
Gerh. Euken,
Neue Wilh. Straße 37.

G. Schmidt,

Uhrmacher,
Neue Wilh. Straße 68.

Reparaturen

jeder Art an Wand- und Taschenuhren zu billigen Preisen unter Garantie.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch den 12. d. Mt., Nachts 12 1/2 Uhr, nach noch längerem schmerzlichen Leiden meine liebe unerschöpfliche Frau und meine fünf Kinder liebevollstehende Mutter, unsere liebe Schwägerin, Schwester, Tochter und Schwiegertochter
Estanette, geb. Peters
im Alter von 57 Jahren.
Wilhelmshaven, 13. Febr. 1902.
Sattler **Johann G. Heuer** und Familie.
Die Beerdigung findet Sonnabend den 15. Februar, Nachm. 3 Uhr, vom Feuerhause, Rappeldien, Rappeldienner Straße 16, aus statt.

Beantwortlicher Redakteur: R. D. Jacob in Bant. Beilage von Paul Hug in Bant. Druck von Paul Hug u. Co. in Bant. Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Norddeutschen Volksblatt

Nr. 39.

Bam., Sonnabend den 15. Februar 1902.

16. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

141. Sitzung vom 12. Februar 1902.

Min. Diering: Die 2. Beratung des Gesetzes über die Bewirtschaftung (Zitierte Staatsminister) wird fortgesetzt.
Herr Voigt: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Herr Richter: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe den Eindruck, dass die Verhandlungen über die Bewirtschaftung des Landes, wie ich sie bei der Debatte im Reichstag gesehen habe, eine solche Bewirtschaftung des Landes darstellen würde, die die Interessen der Bevölkerung in der ersten Reihe und die Interessen der Landwirtschaft in der zweiten Reihe berücksichtigen würde.

Erzellen, Rougon.

Erzellen, Rougon. Ein Roman von Emile Zola.
 „Meinetwegen denn“, sagte Klagen, „ich will es thun...“
 „Aber ich thue das nur zu Ihrem Wohl.“
 „Sie gern entschließen.“
 „Nicht wahr, Sie tragen sehr lange noch?“
 „Er sagte das in scherzhaftem Tone, und Glorinde lächelte auch und widerweichte.“
 „Ja, ich trage sehr lange noch...“
 „Kun nahm sie Abschied von ihm. An der Thür hielt er sie noch einen Augenblick zurück. Jovinal schüttelte ihr die Hand, die Hände und sprach sein Wort ab.“

„Ihr Department“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“
 „Ihre Abteilung“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“
 „Ihre Abteilung“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“

„Ihre Abteilung“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“
 „Ihre Abteilung“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“
 „Ihre Abteilung“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“

„Ihre Abteilung“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“
 „Ihre Abteilung“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“
 „Ihre Abteilung“, fuhr der Minister fort, „ist ein der schlimmsten.“

Parteiangelegenheiten.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Gerbauten-Hainburg-Friedland, die Mitte März stattfindet, wird für die sozialdemokratische Partei der Genosse Gustav Ehard-Rommersdorfen kandidieren. Ehard ist in dem Wahlkreis nicht unbekannt. Schon bei der Wahl im Jahre 1893 war er dort der Kandidat der Sozialdemokratie. Der Name Ehard ist in Thüringen und über die Grenzen dieser Provinz hinaus bekannt. Ehard gilt als ein Mann-Bandwurm. In der wissenschaftlichen sozialdemokratischen Zeitschrift, der „Neuen Zeit“, ist er wiederholt als Schriftsteller hervorgetreten, mit Artikeln, die Fragen der Sozialpolitik, und zwar besonders die Frage der Parteigründung, behandeln. Ehard hat bewiesen, daß es in der Parteipolitik einen Arbeitermangel nicht zu geben braucht. Er hat gezeigt, daß in der Parteipolitik nicht nur eine kurze Arbeitzeit möglich ist, sondern auch die Arbeiter unabhängig entlohnt werden können. Seit einigen Jahren erhalten die Ehard'schen Arbeiter auch einen nicht unbedeutlichen Antheil am Einkommen außer dem Lohn. Wir glauben, daß die Kandidatur Ehard's eine glückliche ist, und wünschen nicht daran, daß es der rührigen Kation unserer Genossen gelingen wird, die Zahl der Stimmen, die für unseren Kandidaten abgegeben wird, gegen die letzte Wahl erheblich zu steigern.

Geschichtliches.

Ein schlauer Nachstreit schwob zwischen dem Herrn V. von Langefeld (v. W. W. W.) und dem Schultheißen. Er hat eine vierzehnjährige Tochter, welche die Schule 7 1/2 Jahre besucht hat und den Bestimmungen gemäß erst zu Oftern entlassen werden soll. Das Mädchen ist außerordentlich stark entwickelt. Da die Schulbiß für dasbiste zu eng und klein waren und eine Verkrümmung des Rückgrates beim Sitzen in den Händen zu befürchten war, hielt der Vater sein Kind unter Beibringung eines künstlichen Stuhls zu Hause. Die Schulverwaltung ließ jedoch für das Mädchen einen Stuhl und Tisch beschaffen und forberte den Vater auf, seinen Kinde die geordnete Schule von acht Jahren aufzulassen zu lassen. Das Mädchen wurde darauf zu Verwandten nach Eberfeld geschickt und dort in eine Schule gebracht. Die Schulverwaltung wurde jedoch auf Anordnung des Schulraths Dr. B. alsbald wieder

